SPD, Grüne und FDP haben sich im Rahmen ihrer Sondierungsgespräche verpflichtet, den Ausbau der erneuerbaren Energien „drastisch zu beschleunigen“ und „alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen“. Allein für Windkraft an Land sollen den Plänen der drei Parteien zufolge 2 % der Fläche der Bundesrepublik ausgewiesen werden, berichtet der mdr. Das wären etwas mehr als 7.150 Quadratkilometer. Die benötigte Fläche entspräche mehr als ein Drittel der Fläche des Landes Sachsen-Anhalt (20.456 Quadratkilometer).

Mit ihrer Ankündigung haben die drei Parteien rund 1.000 Bürgerinitiativen zur Verstärkung ihres Widerstands gegen die Windlobby herausgefordert.

Die Flächenlüge

SPD, Grüne und FDP halten an der 2 %-Lüge fest, obwohl sich auch ohne großen mathematischen Aufwand nachweisen lässt, dass die Angaben falsch sind.

Hermann Dirr, ein Umweltschützer und Energie-Fachmann aus dem Vogelberg, Hessen, hat die Angaben der SPD, Grünen und FDP nachgerechnet und bestätigt, dass sie falsch sind. Wesentlich mehr Fläche als nur 2 % würden der Windindustrie geopfert, sollte sie sich die Windindustrie mit ihren Plänen durchsetzen können.

Auf 2 % der Landesfläche passen, wenn sie in Windindustriegebiete aufgestellt werden, ca. 48.000 Windkraftanlagen, sagt Hermann Dirr. Diese Anlagen würden – bei einem angenommenen Durchschnitt von 4 MW installierter Leistung pro Winkraftanlage und 2.200 Volllaststunden/Jahr – 422,4 TWh im Jahr erzeugen.



Storchmann Medien

Der Gesamtprimärenergieverbrauch betrug im Jahr 2018 stolze 3.640 TWh.

Nehmen wir an, die Windkraftanlagen sollten 50% Anteil am Primärenergieverbrauch beisteuern. Dann müsste Windkraft 1.820 TWh Strom produzieren. Bei 4 MW installierter Leistung bedeutet dies:

> **206.800 Winkraftanlagen bei 4 MW installierter Leistung,**
> **8,6 % oder 31.022 km² für die tatsächlich benötigte Landesfläche.**

Soll die Landesfläche für Windkraftanlagen tatsächlich auf 2% beschränkt werden, müssen SPD, Grüne und FDP die Frage beantworten:

„Welche der sogenannten erneuerbaren Energien sollte den Rest beisteuern?“



Foto: Hermann Dirr

Hermann Dirr hat für seine Berechnungen mit „schönen“ Werten gerechnet. Er hat 4 MW-Anlagen und 2200 Volllaststunden und damit recht hohe Werte zu Grunde gelegt.

Nach Angaben von 50hertz betrug die zum Jahresende 2020 in der Bundesrepublik installierte Leistung aller Windenergieanlagen (WEA) mehr als 83.000 Megawatt (MW). Das sind 2,7 MW pro Anlage.

Laut Fraunhofer Institut lag die Zahl der Volllaststunden im Jahr 2018 im deutschen Durchschnitt unter 2000 Volllasstunden. Für das sehr gute Windjahr 2020 nennt der BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft 1920 Stunden von den 8760 h im Jahr, in denen Windkraft an Land in Volllast betrieben wurde.

Berechnungen, die einen Flächenbedarf von 12 % oder sogar 16 % ermitteln, sind nicht unrealistisch.

Die Leistungslüge

Eine grundlegende Lüge der Windkraft-Lobby ist die Leistungslüge. Die Frage, ob es prinzipiell überhaupt möglich ist, den elektrischen Energiebedarf durch Strom aus der Windenergie über Deutschland zu decken, hat Erich Boson 2018 beantwortet: „Rekordmeldungen über die Einspeisung von Strom aus Windenergie täuschen darüber hinweg, dass über das Jahr gesehen Windkraftanlagen nach der Modellrechnung nicht mehr als einen Anteil von maximal 2,91 % an der Energieversorgung (Primärenergieverbrauch) haben können. Jede zusätzlich gebaute Windkraftanlage trägt nicht zur Stromversorgung bei.“

Hinzu komme, dass die Bewegungsenergie verbraucht und der Wind immer schwächer wird. Dies führe zu nicht unmaßgebliche Auswirkungen auf das Wetter. Mit jeder neu hinzukommenden Windkraftanlage wachse die Wahrscheinlichkeit, dass eine intensive Versteppung des Bodens stattfindet, da die kühlende Wirkung des Windes verloren geht, kautet sein Fazit. In Großstädten, die hinter sogenannten „Windparks“ liegen, werde kein Gasaustausch des Stadtklimas stattfinden. Dies werde eine massive Konzentration von CO2 zur Folge haben.

Gedankenexperiment zur Windenergienutzung

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht …

SPD, Grüne und FDP wollen Verbraucher bei den Energiekosten angeblich entlasten. Strom könne zum Beispiel durch Wegfall der EEG-Umlage billiger werden, sagen sie. Sie sind außerdem dafür, dass der Staat viel von dem Geld, das er durch den CO2-Preis einnimmt, mit einer Art Klimascheck an die Bürger zurückzahlt, berichtet die Tagesschau. Aber der öffentlich-rechtliche Sender sieht ein Problem:

„Das Problem ist: Wenn der Staat die Einnahmen aus dem CO2-Preis nicht behält, sondern komplett wieder an die Bürger ausschüttet, versiegt damit eine staatliche Geldquelle. Und SPD und Grüne wollen ja an anderer Stelle deutlich mehr Geld für Klimaschutz ausgeben – etwa für die Förderung der Bahn. Wo soll das dann herkommen? Gerade wenn die FDP bei ihrer Forderung bleibt, dass es keine neuen Schulden geben soll?“

Das Sondierungspapier von SPD, Grünen und FDP sei „ein Dokument der Realitätsverweigerung, gepaart mir größenwahnsinnigem grünen Utopismus“, sagt Vera Lengsfeld in ihrer lesenswerten Einschätzung bei Boris Reitschuster über die grün dominierte Politik. Wer gehofft habe, die FDP würde so etwas wie bürgerliche Restvernunft einbringen, sieht sich getäuscht. „Stromausfälle, Lieferengpässe, Transportprobleme, leere Kaufhallenregale, angekündigter drastischer Arbeitsplatzabbau, galoppierende Preise für Gas und Strom und demnächst auch Lebensmittel sind den Koalitionären keine Erwähnung wert. Für sie gibt es auch keine leeren Kassen.“

Flächenlüge, Leistungslüge, Finanzlüge: Wer nimmt der SPD, den Grünen und der FDP das Versprechen ab, für eine finanzielle Entlastung sorgen zu wollen, wenn die Lügen offenkundig sind? Umschichtungen im Bundeshaushalt werden nicht zu finanziellen Entlastungen führen. Dafür wird schon allein die menschengemachte Inflation sorgen, für die grüne Politik den Anstoß liefert.

Rechnerisch lässt sich das Lügenkonstrukt rund um die Windkraft durch Physiker und Energie-Fachleute leicht nachweisen, findet aber wegen fortgeschrittener Realitätsverweigerung bei Politikern und Medien kein Gehör. Die Ignoranz ist nicht neu, wie sich bereits beim Darmstädter Manifest 1998 zeigte. Wir haben sie zu lange hingenommen.

Faina Faruz

*Titelbild: **Hermann Dirr,** bei Wangenheim*

Werbung

